

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von den Redaktionen wöchentlich 30 Pfg., monatlich 1,00 Pfg., vierteljährlich 2,80 Pfg., halbjährlich 5,40 Pfg., jährlich 10,80 Pfg., voraussetzend 2,40 Pfg. für den bestellten Postantritt. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse der Verleger, der Lieferanten oder der Druckereibesitzer — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abnehmer in den obgenannten Fällen keine Rückgabe, falls die Zeitung nicht in bestimmtem Umfang oder nicht erscheint. / Abbestellungspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu versenden, sondern an den Verleger, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle, / Zusätzliche Adressen sind unzulässig. / Verleger: Vertriebsstelle: Berlin S.W. 46.

Abonnementpreis 1 Pfg. für die 6-wöchige Restpostzeit oder deren Raum, Lokalausgabe 1 Pfg., alle mit 1/2 Pfg. Steuerzuschlag. / Zusatzen und Inseraten werden nur mit 50% Rabatt. / Bei Abbestellung und Abrechnung entsprechende Anzahl. / Bestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Spalte 60 Pfg. bez. / Pfg. / Nachzahlung und Abrechnung 20 Pfg. 30 Pfg. / Zeitungspreise werden nicht über den Restationspreis von 1/2 Pfg. hinausgehen. / Für das Erscheinen der Zeitung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strafe für Verstoß 25%, Rückzahlung ohne Rabatt. / Die Redaktion und Verleger haben nur bei Bestellungen binnen 30 Tagen Einsicht; spätere Zeit. / persönliche Einsicht, persönliche Besuche sind. / Inseraten bedingen die Berechnung des Zeitungspreises. / Sofern nicht früher ausdrücklich oder schriftlich als Erläuterung des Abbestellungspreises ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 3 Tagen, vom Abbestellungszeitpunkt an, Widerspruch erhebt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 42. Donnerstag den 20. Februar 1919. 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Verordnung,

die Vornahme der Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) in den sächsischen Bergbezirken betreffend, vom 18. Februar 1919.

Zur weiteren Ausführung der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. S. 1456) wird folgendes bestimmt:

I. Die Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) haben im Berginspektionsbezirk Leipzig am 25. Februar 1919, in den übrigen sächsischen Berginspektionsbezirken am 4. März 1919 stattzufinden.

II. Für die unter I bezeichneten Wahlen gelten folgende Abweichungen von den unter dem 31. Januar 1919 (Nr. 28 der Sächs. Staatszeitung vom 4. 2. 1919) veröffentlichten Ausführungs-Bestimmungen:

1. § 6 der Ausführungsverordnung vom 25. Januar 1918 und § 2 der Wahlordnung werden dahin abgeändert, daß die dort bezeichneten Personen wahlberechtigt sind ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit.

2. Die Fristen in § 6 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung werden dergestalt abgeändert, daß

a) das Wahlausschreiben spätestens drei Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe zu erlassen ist,

b) Einsprüche am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs anzubringen sind,

c) Vorschlagslisten nur berücksichtigt werden, die spätestens am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs eingehen,

ferner die Frist in § 8 Abs. 2 dergestalt, daß die Worte „von höchstens 2 Tagen“ gestrichen, endlich die Frist in § 9 dergestalt, daß die Worte „spätestens 3 Tage“ ersetzt werden durch die Worte „am Tage“.

III. Endlich ist in § 5 Abs. 2 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 der Druckfehler zu berichtigen, daß an Stelle der Worte „für Ausschüsse mit 50 oder mehr Mitgliedern“ die Worte zu treten haben „für Ausschüsse mit 5 oder mehr Mitgliedern“.

Dresden, am 18. Februar 1919. 564 III. J. Arbeits-Ministerium. Feldt.

Anmeldungen am 20. bis mit 22. Februar in allen Geschäften 1. weißer Warenbezugschein Nr. 22 für **Blut- und Leberwurst** in 2 Pfd. Dosen. — 3 Personen 1 Dose. — **Blutwurst** Dose 10 Mark, **Leberwurst** Dose 12 Mark. Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.

2., weißer Warenbezugschein Nr. 28 und gelber Warenbezugschein Nr. 15 für **Marmelade** ab 22. Februar auf Abschnitt 9 a der roten, blauen und gelben Nährmittellisten je 100, 150, 250 Gr. Weizengries, Graupen und Haferflocken. Gries Pfd. 48 Pfg., Graupen Pfd. 44 Pfg., Haferflocken Pfd. 65 Pfg.

Wilsdruff, am 19. Februar 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Eierabgabe ab 22. Februar für die Zeit vom 17. Februar bis 2. März. Jede Person 1 Stück für 48 Pfg. Die Verkaufsstellen haben die Kundenlisten mit den belieferten Abschnitten am 20. Februar einzuliefern und die Eier am 21. Februar vormittags 9—11 Uhr abzuholen.

Wilsdruff, am 18. Februar 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Rohfleischverkauf. Donnerstag den 20. Februar von 2—4 Uhr nachmittags

Verkauf von Rohfleisch auf die Nummern 390—512.

Wilsdruff, am 19. Februar 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Grumbach. Donnerstag den 20. Februar nachm. 3—6 Uhr im Gemeindeamt

Fleischmarken-Ausgabe. Grumbach, am 19. Februar 1919. Der Gemeindevorstand.

Sturm in der Nationalversammlung.

Der innere Krieg.

Auch diesmal hat General Foch alle Witten und Verhandlungen unseres Unterhändlers um Wilerdung der bestmöglichen Bedingungen, um menschliche Rücksichtnahme auf unsere Frauen und Kinder, auf ein Mindestmaß von Schmerzen für unsere armen Gefangenen mit der kühlen Bemerkung abgelehnt: Wir haben noch keinen Frieden, wir haben noch Krieg — ein Drittes kennt er nicht. Und so bleibt die völkerrechtswidrige, die menschenmordende Blockade in voller Grausamkeit bestehen, und Frankreich verhält sich wirklich auf die zweimalhunderttausend deutsche Soldaten nach dem ehemaligen Kriegsgebiet, um sie dort schamvolle Sklavenarbeit verrichten zu lassen. Und damit wir nur ja nicht etwa aufzuatmen anfangen, werden die Waffenstillstandsbedingungen von Monat zu Monat verschärft, statt, wie es natürlich wäre, von Verlängerung zu Verlängerung dem endlichen Friedenszustand mehr und mehr angenähert zu werden. Die deutsche Regierung aber muß trotzdem eingestehen, daß das deutsche Volk in einem völlig unbegründeten Optimismus über seine Lage beharre, so sehr, daß man gar nicht ernsthaft daran denken konnte, es durch hartes Aufbegehren gegen die schimpflichen Forderungen unserer Feinde aus seiner Stumpfheit aufzuwecken. Sicherlich haben wir diese unsägliche traurige Verhältnisse zu einem Teil auf die vorangegangenen politischen Überspannungen zurückzuführen; der Rückschlag mußte ja einmal kommen. Nur ist er leider zu früh gekommen; wie auf anderen Gebieten man eine lebriame Erkenntnis uns leider zu spät gekommen ist.

Aber im Innern Krieg zu führen, Bruder gegen Bruder, Klasse gegen Klasse, dazu reicht die Spannkraft unseres Volkes immer noch aus. Als gäbe es keine dringendere Parole für uns als die, nur ja keine Ruhe im Lande eintreten zu lassen, wird das Feuer des Bruderkampfes immer wieder angezündet, wenn es ja schon einmal in sich selbst zusammenzusinken droht. Der Selbstzug gegen die Polen ist ja nun wohl bis auf weiteres beendet, und damit wird also im Osten sozusagen „Ruhe“ eintreten. Dafür lobert der Brand wieder um so gefährlicher in den Westen auf und scheint eine neuere Periode innerer Kämpfe durchzumachen zu wollen. Das ganze Republikgebiet steht in Flammen. In größter Eile

werden Siegstruppen in die Grabenlinie geworfen, wo eine Säredensherrschafft aufgerichtet ist, die jede produktive Arbeit unmöglich macht. Gewalttaten werden verübt, Gefeln genommen — es wird also regelrechter Krieg geführt. Deutsche gegen Deutsche! Die Macher des Ganzen nennen es allerdings Generalstreik und zu tun ist es ihnen um den Sturz der Regierung, derselben Regierung, die eben erst von der gesamten Vertretung des deutschen Volkes mit erdrückender Mehrheit in ihr Amt eingesetzt worden ist. Aber wenn die Gewalt auch in unserem inneren Staatsleben über das Recht triumphieren sollte, dann würden wir jeden Anspruch auf den Namen eines Kulturvolkes verliert geben, dann würden wir versinken in Barbarei und in Unmenschlichkeit, und wir würden uns selbst zu dem erniedrigen, was die Feinde vom ersten Tage des Weltkrieges an aus uns gemacht hatten. Dann würde eine Gewalt immer nur die andere ablösen, und auch der innere Friede würde uns in unerreichbare Formen entzünden. So lange wir aber noch eine Regierung haben, kann sie unmöglich darauf verzichten, Gesetz und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. So traurig es ist, daß auch eine sozialdemokratische Regierung die Gewalt der Waffen gegen eigene Volksgenossen anwenden muß, Herr Scheidemann sieht sich fortgesetzt dazu gezwungen, leider ohne hoffen zu dürfen, auf diese Weise die ihm nicht gebührende Rolle der Arbeiterkraft zu vermissen zu bringen. Im Gegenteil, je schärfer er eingreifen muß, desto mehr Erbitterung wird erzeugt. Wie man aus diesem unglückseligen Kreislauf herauskommen soll, ist eine schier unlösliche Aufgabe.

Das ist der eine Krieg, den wir im Innern zu führen haben, der Spartakuskrieg. Daneben haben wir noch in Berlin, aber nicht nur in Berlin die ausgedehnten Rohbewegungen, die, wie es scheint, auch nicht zur Ruhe kommen dürfen, damit wir uns nur ja nicht wieder ungesünder Arbeit hingeben können. Nach den Arbeitern sind jetzt die kaufmännischen Angestellten an der Reihe. Das ganze Geschäftsleben der Reichshauptstadt wird lahmgelegt, Tausende und aber Tausende müssen feiern, bloß weil es noch nicht gelungen ist, über einen Teilspruch, der in dem Gesamtstreik neuer Forderungen eine verhältnismäßig nebensächliche Rolle spielt, eine volle Einigung zu erzielen. Daneben bläht sich der

Machtanspruch einer Organisation auf, die für sich allein als die ausschließliche Vertretung der Angestellten gelten will. Um solcher Vappalten willen — Vappalten in Angesicht der gesamten Lage, in die wir durch den Verlust des Krieges geraten sind — wird das Leben eines Vorkriegsgemeinwesens auf das empfindlichste bedroht. Wenn wir aber so sehr danach verlangt haben, den Weltkrieg so rasch wie nur irgend möglich abzubrechen, warum verweisen wir uns jetzt auf den Weltkrieg im Innern? Darf dieser wirklich leichter genommen werden als jener? Sonst glaubte man, daß Unglück verbinde, daß geteiltes Leid nur halb empfunden werde. Auch diese alte Erfahrung scheint jetzt in die Brüche zu gehen. Wir wenigstens, das deutsche Volk, haben uns noch niemals so unerträglich, so grausam untereinander bekämpft wie heute. Das kann kein gutes Ende nehmen, auch nicht für diejenigen, die durchaus die Palme des Sieges im innerdeutschen Volkskrieg erringen wollen.

Sturm in der Nationalversammlung.

(10. Sitzung.) GB. Weimar, 18. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Protesttelegramme gegen die Demarkationslinie in Polen aus Bromberg, Birnbaum und Benischen verlesen. In einem Telegramm aus Berlin wendet sich ein Herr mit scharfen Worten gegen den Verhandlungsstapel und fordert die Einführung von Randbestrauer und das Verbot öffentlicher Langluftbarkeiten. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission teilt mit, daß die französischen Behörden sich damit einverstanden erklärt haben, daß den Mitgliedern der Nationalversammlung aus den besetzten Gebieten Dauerpässe nach Weimar und für die Rückkehr von Weimar für die Dauer der Tagung der Nationalversammlung ausgestellt werden können.

Die Interpellation wegen der harten Bedingungen des Waffenstillstandes, eingebracht durch Dr. Dehne im Namen der Deutschen Volkspartei, wird nunmehr behandelt. Verlangt wird eine Denkschrift über die bisher gepflogenen Verhandlungen. Für die Interpellanten begründet Abg. Dr. Bogeler (D. Vo.) die Anfrage und erklärt, angesichts der Vorgänge am letzten Sonntag sei eigentlich jede Begründung überflüssig. Redner acht auf die allmähliche Mutierung und